

#Klimawahl2021

**Ein offenes Wort, Parteien:**

# **Klimapolitik ist alles!**

#KlimaistAlles

## **Gibt es nicht noch andere Themen als Klimapolitik?**



Die menschengemachte Erderwärmung gefährdet die Möglichkeit menschlicher Zivilisation auf unserem Planeten. Nur mit Klimaschutz wird für kommende Generationen Politik überhaupt noch möglich sein.



Schon heute hat die Klimakrise Auswirkungen auf fast alle Politikfelder. Und umgekehrt können in jedem Ressort Maßnahmen getroffen werden, welche die Klimakrise bremsen.



Mit der Energiewende können wir Verbesserungen in vielen Bereichen bewirken – nicht nur bei Energie, Landwirtschaft und Verkehr, sondern z.B. auch in der Gesundheits- und der Arbeitsmarktpolitik.



Wer daher behauptet, bei der Bundestagswahl 2021 gebe es wichtigere Themen als den Klimaschutz, gefährdet damit genau diese ‚wichtigeren Themen‘.

# Klima ist alles und alles ist Klima ?

## Thema Nr. 1

1

Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 gibt es kein wichtigeres Thema als den Klimaschutz. Vom Erreichen des 1,5°C-Zieles hängt ab, ob im globalen Klimasystem Kippunkte vermieden werden können, die im schlimmsten Fall die Erde für Menschen unbewohnbar machen könnten.

Dazu hat sich Deutschland im Übrigen auch völkerrechtlich im Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet.

## Die Zusammenhänge sind komplex



Was wir heute tun, betrifft aber nicht nur kommende Generationen. Schon heute ersticken Innenstädte am Autoverkehr; leiden Menschen in der Nähe von Kohlekraftwerken an Schwermetallbelastung; wird massenhaft Regenwald durch unsere Agrarpolitik vernichtet; sind Hunderttausende in ihrer Existenz bedroht.

Wer diese Themen anpackt, verbessert unmittelbar die Situation in diesen Bereichen und tut auch etwas für den Klimaschutz.

## Klima - Gerechtigkeit



Die Gerechtigkeitsfrage innerhalb der Klimapolitik betrifft die soziale, die globale und die Generationen-Gerechtigkeit.

Die Unterprivilegierten in unserer Gesellschaft, wie auch auf globaler Ebene, sind den Umweltbelastungen und den Klimafolgen des Fossilsystems schon heute besonders stark ausgesetzt. Maßnahmen, die das Klima schützen, müssen die berechtigten Interessen dieser Menschen im Blick haben.

## Ein echter Green New Deal



Wir brauchen einen „Green New Deal“, der diesen Namen verdient. Er wird den Arbeitsmarkt beleben, die öffentliche Infrastruktur verbessern, Luft- und Lärmverschmutzung stark reduzieren.

Vor allem aber wird er die Bedingung dafür schaffen, dass in 50 Jahren überhaupt noch über politische Fragen gestritten werden kann. Er ist die Voraussetzung dafür, dass Demokratie, bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte weiter Bestand haben können.

#Klimawahl2021

# 100% Erneuerbare bis spätestens 2030

#Energiepolitik ist Klimapolitik

## Warum fordern wir eine Energiewende bis 2030?



Die Jahreszahl 2030 ist ein Kompromiss: eigentlich müssten wir sofort auf Null-Emissionen schalten. Aber das würde zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen.



Technisch ist es möglich, innerhalb von 9 Jahren den Ausstoß von Treibhausgasen bei der Energieerzeugung zu beenden. Windenergie und Photovoltaik sind zusammen mit Speichertechniken die Lösung.

2045?

Die Jahreszahlen, die in der Politik diskutiert werden, liegen aber viel zu spät, denn die Erderwärmung hat bereits heute ein Ausmaß erreicht, das den Fortbestand menschlicher Zivilisation gefährdet.



Die Energiewende ist technisch machbar, ökologisch notwendig und ökonomisch die bessere Alternative. Sie ist ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt, aber die Aufgabe wird nicht leichter, wenn wir länger zögern.

# Ist eine Energiewende bis 2030 überhaupt machbar?

## Brauchen wir eine Vollbremsung?



Eigentlich ja. Hören wir beim menschengemachten Klimawandel vernünftigerweise auf die Wissenschaft, müssen alle fossilen Kraftwerke sofort abgeschaltet und die Emissionen von Treibhausgasen in der Industrie, im Wärmebereich, im Verkehr und der Landwirtschaft auf Null (!) zurückgefahren werden. *Zusätzlich* muss das Klima durch die Rückholung von Treibhausgasen wieder stabilisiert werden.

Wir müssen von dem derzeitigen CO<sub>2</sub>-Gehalt von 420 ppm mindestens auf 350 ppm, besser 280 ppm zurückkommen.

## Wir sprechen nicht von Peanuts!



Es erfordert tatsächlich gewaltige gesamtgesellschaftliche Anstrengungen, alle Bereiche unseres Lebens in kürzester Zeit zu dekarbonisieren. Wir hätten schon längst viel mehr erreichen können, denn die Technik und die Ideen sind vorhanden.

Je länger wir warten, desto mehr sind wir auf aufwendige CO<sub>2</sub>-Rückholung angewiesen; desto mehr Last werden kommende Generationen tragen müssen; desto unwahrscheinlicher wird es, Kippunkte zu verhindern. Und es wird immer teurer!

## Gemeinsam anpacken



Nach der Energiewende müssen ca. 1800 TWh elektrische Energie pro Jahr für Wärme, Verkehr, Elektrizität und CO<sub>2</sub>-Rückholung zur Verfügung stehen. Die Flächenpotentiale, um das mit Photovoltaik und Windenergie zu schaffen, reichen aus. Es bedeutet aber eine Steigerung der aktuellen Ausbauzahlen in der Größenordnung einer Verzehnfachung.

Speicher sind wichtig, um uns in Zeiten mit mangelnder Energiebereitstellung (bei Nacht / Flaute) zuverlässig zu versorgen. Zusätzlich sollten wir Energie und Ressourcen sparen.

## Politik in die Verantwortung nehmen



Bei allen Investitionsentscheidungen müssen Klimaschutzbelange vorrangig behandelt werden. Es darf keine regulatorischen Ausbau-Limits für Erneuerbare Energien geben. Flächenbeschränkungen und ungerechtfertigte Restriktionen bei Genehmigungsverfahren für Wind- und Solaranlagen müssen enden.

Wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen kurbeln Investitionen und den Ausbau der Produktionsstätten an. CO<sub>2</sub>-Ausstoß muss einen Preis erhalten, der den Folgeschäden entspricht.

#Klimawahl2021

# Klima wird auf der Straße entschieden

#VerkehrspolitikistKlimapolitik

## Ist eine Verkehrswende fürs Klima wirklich nötig?



Der Verkehr trägt mit 20 bis 25 % zur Klimakrise bei. Das liegt vor allem daran, dass die meisten Fahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge mit Verbrennungsmotoren angetrieben werden.



Die Motorisierung muss auf Strom aus Erneuerbaren Energien umgestellt werden. Auf Straßen und Schienen, auf dem Wasser und in der Luft. Bestehende Ansätze dazu sind zu fördern.



Wir brauchen bessere Konzepte von Mobilität: Mehr Platz für Fußgänger\*innen, Fahrräder, Busse und Bahnen. So schützen wir nicht nur das Klima, sondern gewinnen auch ein stressfreieres Leben.



Bis 2030 emissionsfrei: Dafür braucht es ein Verbot der Neuzulassung von Verbrennern und eine stufenweise Verteuerung des Treibstoffs. Saubere Mobilität muss ausgebaut und preiswert gemacht werden.

# Wie sieht ein neues Mobilitätskonzept aus?

## Die Weichen umstellen

Viele Jahrzehnte verkehrspolitischer Fehlentwicklung müssen korrigiert werden. Güterverkehr wird von der Straße auf die Schiene verlagert. Die Innenstädte werden attraktiv für Fuß- und Radverkehr und erhalten einen ansprechenden ÖPNV.



Exzessive Entwicklungen im Flug- und Schiffsverkehr sind zu beenden. Nicht nur Kurzstreckenflüge zu Dumpingpreisen, nicht nur Kreuzfahrten. Auch zerstörerische Formen des Welthandels müssen aufhören.

## Lebenswerte Städte

In unseren Innenstädten ist es offensichtlich, dass die Lebensqualität immens gesteigert werden kann, wenn wir das Diktat des Autos dort beenden. Wir gewinnen bessere Luft, ein Ende des Lärms und viel Raum für Stadtgrün, Kultur und Freizeitgestaltung.



Versuche in städtischen „Reallaboren“ oder „Critical Mass“-Radtouren zeigen, wie befreiend es ist, den ans Auto verlorenen Raum zurückzugewinnen.

## Verkehr elektrisiert!

Was vom privaten Fahrzeugverkehr dann noch benötigt wird, muss bis zum Jahr 2030 auf elektrische Antriebe umgestellt sein, ebenso der ÖPNV. Ein Zulassungsverbot für Autos und Motorräder mit Verbrennern soll 2025 greifen; ab 2030 dürfen sie nicht mehr benutzt werden.



Es muss sofort in die Ladeinfrastruktur und Carsharing-Systeme investiert werden. Elektrofahrzeuge werden bei den rasch abnehmenden innerstädtischen Parkmöglichkeiten privilegiert.

## Sauberer Schiffs- und Luftverkehr

In den bisher sträflich vernachlässigten Verkehrsbereichen Wasser und Luft müssen besonders intensive Anstrengungen zur Förderung der elektrischen Antriebs-Revolution unternommen werden.



Schiffe können, außer auf Elektrizität, auch mit modernen Methoden auf den bewährten Wind als Antriebskraft zurückgreifen. In der Luft soll auch der Energieeffizienz-Vorteil von Luftschiffen genutzt werden, die ihre Antriebskraft photovoltaisch gewinnen können.

#Klimawahl2021

# Hopfen und Malz bald verloren?

#AgrarpolitikistKlimapolitik

## Kann eine Landwirtschaft klimaneutral betrieben werden?



Die Erderhitzung ist in vollem Gange und die Landwirtschaft ist Verursacherin und Betroffene zugleich – aber sie kann auch Teil der Lösung sein!



Durch die Klimaerwärmung gibt es vermehrt Hitze- und Trockenschäden, die sowohl den Ertrag, als auch die Qualität der Ernte erheblich mindern können.



Ackerbau und Viehzucht waren 2018 für ca. 7,4 % der deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Insbesondere die Methan- und Lachgasemissionen sind problematisch.



Mit einer klimabewussten Landwirtschaft kann der Anbau widerstandsfähiger und der Ausstoß von Klimagasen reduziert werden. Zudem gibt es ein riesiges Potential für CO<sub>2</sub>-Rückholung, Solar- und Windenergie.

# Landwirtschaft: Betroffene, Verursacherin und Teil der Lösung

## Landwirtschaft als Verursacherin

Von allen klimaschädlichen Gasen, die in der Landwirtschaft ausgestoßen werden, sind vor allem die Methan- und Lachgasemissionen wegen ihrer hohen Klimawirksamkeit von entscheidender Bedeutung: Methan ist 25 Mal und Lachgas 298 Mal klimaschädlicher als CO<sub>2</sub>. Ausgestoßen werden die Gase in allen Bereichen des landwirtschaftlichen Betriebes: Von den Tieren selbst, von Mist und Gülle, und von den Feldern, auf denen Dünger und Gülle ausgebracht wird.



## Hitzesommer 2018: nur ein Vorgeschmack

Die Klimaforschung prognostiziert für Mitteleuropa einen Rückgang der Sommerniederschläge bis 2080 um bis zu 30 %. Veränderte Niederschlagsmengen und -verteilungen führen dabei zu massiven Schwankungen der Bodenfeuchte und Grundwasserverfügbarkeit und somit zu Produktionseinbußen. Ebenso wird eine Zunahme von Pflanzenkrankheiten und die Ausbreitung heimischer Schädlinge (aktuell: Borkenkäfer) erwartet. Durch die Ausbreitung krankheitsübertragender Parasiten wird auch die Tierhaltung gefährdet.



## Richtung: Klimaneutrale Landwirtschaft

Gemeinsam mit den Landwirt\*innen müssen Rahmenbedingungen für eine klimaschonende Landwirtschaft geschaffen werden. Dazu müssen widerstandsfähigere Systeme entwickelt oder „wiederentdeckt“ werden, die nicht auf der Optimierung eines einzelnen Aspekts, z.B. des Ertrags, beruhen. Dazu gehört auch die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten. Die aktuelle Agrapolitik der Bundesregierung blockiert leider jeglichen Fortschritt in diese Richtung.



## Die wichtigsten Maßnahmen

Langfristig muss Kohlenstoff durch Humusaufbau im Boden fixiert werden, z.B. durch organischen Dünger und eine schonende Bodenbearbeitung. Auch durch Agroforst-Systeme oder den Einsatz von Pflanzenkohle kann Kohlenstoff aktiv der Atmosphäre entzogen und im Acker gebunden werden (CO<sub>2</sub>-Rückholung). Dazu bieten Konzepte wie Agri-PV die Option landwirtschaftliche Flächen zugleich für Stromerzeugung zu verwenden: dabei stehen aufgeständerte PV-Module oberhalb der Nutzpflanzen.



#Klimawahl2021

# Vom Feinstaub bis zur Tigermücke

#GesundheitspolitikistKlimapolitik

## Was hat Klimapolitik mit Gesundheit zu tun?



Bei Hitzewellen kommt es regelmäßig zu einer erhöhten Sterblichkeit. Im Sommer 2003 führte der erste „Jahrhundertsommer“ in Europa zu 70.000 zusätzlichen Toten.



Ein wärmeres Klima begünstigt die Ausbreitung tropischer und subtropischer Krankheiten. Die Tigermücke ist bereits in Deutschland angekommen; sie kann das Zika-Virus und Dengue-Fieber übertragen.



Auch neuartige Viren wie COVID-19 hängen mit dem Klimawandel zusammen: Veränderte Lebensräume bringen Menschen häufiger mit Wildtier-Arten in Kontakt, die Krankheiten übertragen können.



Hinzu kommen Giftstoffe, die bei der Verbrennung von Öl und Kohle ausgestoßen werden. Weltweit sterben jährlich 8 Millionen Menschen an dem Feinstaub, der beim Verbrennen fossiler Energieträger entsteht.

# Welche Gesundheitsfolgen hat die Erderwärmung?

## Folgen von Wetterkatastrophen



Wirbelstürme, Überschwemmungen und Waldbrände zerstören großflächig Infrastrukturen. Viele Menschen können dabei getötet oder verletzt werden. 2020 sind 410.000 Menschen weltweit durch Extremwetterereignisse gestorben.

Zudem ist die medizinische Versorgung der Verletzten beeinträchtigt, wenn die Hilfskräfte nicht zu ihnen durchdringen können. Die Erderwärmung führt zu häufigeren und schwereren Extremwetterereignissen dieser Art.

## Folgen von Hitze



Die steigende Hitze ist eine gravierende Gefahr für das Kreislaufsystem älterer und vorerkrankter Menschen. Durch Vermehrung von Bakterien in Lebensmitteln und Wasser treten außerdem verstärkt Durchfallerkrankungen auf, die zu Austrocknung und Schwächung der Betroffenen führen. Mücken, die schwere Krankheiten übertragen, dehnen ihren Lebensraum aus. Wenn der Platz für Wildtiere hitzebedingt enger wird, können häufiger neue Viren wie COVID-19 auf den Menschen überspringen.

## Zu viel und zu wenig Regen



Die Veränderung der Niederschlagsmuster führt in vielen Weltregionen zu neuen Problemen. Die zunehmende Wasserknappheit, aber auch Starkregen und Stürme werden zu einem Rückgang der globalen Ernten und damit zu verbreiteter Mangelernährung führen.

Auch der klimabedingte Meeresspiegelanstieg vernichtet fruchtbare Böden. Wo sauberes Wasser fehlt, steigt wiederum die Anfälligkeit für Infektionskrankheiten.

## Feinstaub und Schwermetalle



Kohlekraftwerke sowie der fossil angetriebene Straßenverkehr verursachen Gesundheitsschäden in Milliardenhöhe. In Deutschland werden jährlich 2700 Todesfälle und 600.000 verlorene Arbeitstage auf Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen wie chronische Bronchitis zurückgeführt, die durch Kohlekraftwerke verursacht werden. Diese stoßen zudem toxische Schwermetalle wie Quecksilber, Blei, Cadmium und Nickel aus, die u.a. Krebs auslösen können. Auch haben Allergien wegen Feinstaub und NOx zugenommen: von 5 auf über 40% in Deutschland.

#Klimawahl2021

# Die soziale Seite der Klimakrise

#Sozialpolitik ist Klimapolitik

## Was hat Klimapolitik mit der sozialen Frage zu tun?



An mutiger Klimaschutzpolitik wird häufig kritisiert, sie gehe „auf Kosten einkommensschwacher Familien“. Aber ist das Problem der Klimaschutz oder die Existenz von Armut?



Menschen mit geringem Einkommen leiden am stärksten unter den Folgen der Klimakrise. Sie dürfen nicht auch die Last der notwendigen Klimapolitik tragen.



Durch ein Umlageverfahren (Abgabe pro Tonne CO<sub>2</sub>, Rückerstattung pro Kopf) kann Klimaschutz zugleich als Sozialpolitik gestaltet werden. Hiervon profitieren energiesparsame und ärmere Haushalte.



Die massive Subventionierung des Fossilsystems geschieht durch Steuergelder. Ihre Beendigung könnte Mittel für eine aktive Sozial- und Infrastrukturpolitik freisetzen.

# Was hat Klimapolitik mit der sozialen Frage zu tun?

## Schulterschluss mit den Benachteiligten



Es gibt Menschen in unserem Land, die sich keine Angst vor dem Ende der Welt leisten können, weil sie Angst vor dem Ende des Monats haben.

Wer klimapolitisch für Gerechtigkeit zwischen den Generationen und zwischen den globalen Regionen eintritt, darf die Ungleichheit zwischen Arm und Reich im eigenen Land nicht ausblenden. Es geht um unsere Zukunft und die unserer Kinder, unabhängig von der sozialen Stellung.

## Soziale Schieflage



Die „unteren“ 50 % der deutschen Bevölkerung besitzen nur 1,4 % aller Privatvermögen. Klimapolitische Steuerungsmaßnahmen können sie überdurchschnittlich belasten.

Das darf in der Klimapolitik nicht vergessen werden. Aber auch die Folgen des Nichtstuns treffen diese Schichten am härtesten. Zum Beispiel bietet eine enge Wohnraumsituation keine Möglichkeit sich vor extremer Hitze zu schützen.

## Fossilenergie belastet



Mit Steuergeldern werden in Deutschland jährlich 46 Mrd. Euro für die Subventionierung fossiler Energien ausgegeben. Die Folgeschäden der fossilen Verbrennung kosten dazu 164 Mrd. Euro jährlich. Das ist deutlich mehr als die gesamten Sozialausgaben der Bundesrepublik. Der Ausstieg aus den fossilen Energien ist daher auch ein sozialpolitischer Akt. Das ist Vielen nicht bewusst, weil diese Kosten nicht auf der Strom- oder Tankrechnung auftauchen, sondern im allgemeinen Steuerhaushalt untergehen.

## CO<sub>2</sub>-Umlage als Sozialpolitik



Klimapolitik sollte daher mit Sozialpolitik verknüpft werden. Eine Abgabe auf den Ausstoß von Treibhausgasen kann z.B. vollständig wieder pro Kopf an die Bevölkerung zurückverteilt werden.

Davon profitieren dann neben klimabewusst lebenden Menschen auch ärmere Haushalte, die zumeist einen kleineren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck haben: In Deutschland verursachen die reichsten 10% der Bevölkerung mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß als die ärmsten 50 %.

#Klimawahl2021

# Sonnige Aussichten am Arbeitsmarkt!

#ArbeitspolitikistKlimapolitik

## Kostet die Energiewende Arbeitsplätze?



Nicht die Energiewende kostet Arbeitsplätze, sondern ihre Verhinderung! 2011 waren noch 417.000 Menschen für die Erneuerbaren Energien beschäftigt. Heute sind es 127.000 weniger.



Als die Bundesregierung die deutsche Wind- und Solarbranche abgewirtschaftet hat, gab es kaum Geschrei um die verlorenen Arbeitsplätze. Und heute fehlen überall die Fachkräfte, um die Energiewende umzusetzen.



Investitionen in Zukunftsbranchen müssen sich lohnen. Wir brauchen wirtschaftlich stabile Entwicklungschancen für Erneuerbare. Dazu gehört eine umfassende Ausbildungsinitiative.



Den Arbeitskräften, die heute noch in klimaschädlichen Branchen arbeiten, müssen attraktive Umschulungsangebote gemacht werden.

# Ohne Arbeitsplätze keine Energiewende bis 2030

## Rahmenbedingungen sichern



Arbeitsplätze, Firmen und Unternehmen der Erneuerbaren Energien entstehen nur dann, wenn zukunftssichere wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine gewinnbringende Vergütung für EE-Strom kurbelt die Branche an.

Um dies zu erreichen muss zum Beispiel für Solar- und Windkraftanlagen eine Verzinsung des eingesetzten Geldes von mindestens 7 Prozent für die Laufzeit von 20 Jahren garantiert sein.

## Enorme Arbeitsplatzchancen



Erneuerbare Energien wie Wind und Solar, sowie Speichersysteme sind Zukunftsinvestitionen. Dasselbe gilt z.B. für Hausdämmung, ökologische Umstellung der Landwirtschaft und moderne, saubere Mobilitätskonzepte.

Alle diese Bereiche bieten krisenfeste Jobs und Entwicklungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer\*innen. Ohne diese Jobs wird die Energiewende bis 2030 durch den aktuellen Fachkräftemangel scheitern.

## Ausbildungsoffensive



Die Universitäten, Hoch- und Fachschulen sowie die IHK benötigen finanzielle Unterstützung, um Ausbildungsoffensiven zu starten.

Ob Solarteurin oder Windanlagenbauer, Architektin, Umweltingenieur oder Heizungsfachkraft, Solaranlagenreiner, Bauplaner, Ingenieurin oder Solargutachterin - alle Hände werden dringend gebraucht, um die vollständige Energiewende in der Wärme-, Kälte- und Stromversorgung sowie im Verkehr umzusetzen.

## Alle mitnehmen



Niemandem ist der Weg in die Branche versperrt. Um die Energiewende zu realisieren brauchen wir ein Vielfaches der heute 290.000 Beschäftigten.

Auch die rund 20.000 Arbeitnehmer\*innen aus den Braun- und Steinkohleregionen, zahlreiche der über 800.000 Arbeitskräfte in der Automobilindustrie und die Beschäftigten in der Gas-, Öl- und Atomindustrie können bei der Energiewende mithelfen.

#Klimawahl2021

# Krieg, Klimakrise, Massenflucht

#AußenpolitikistKlimapolitik

## Kann Klimapolitik Krieg und Fluchtursachen bekämpfen?



Es kann keine wirksame Friedenspolitik und Fluchtursachen-Bekämpfung ohne schnellen Ausstieg aus dem fossilen System geben.



Schon lange waren Erdöl-„Schätze“ Ursache für endlose Kriege, Putschs und die Entstehung von Terror.



Heute führt die Erderwärmung durch Dürren, tropische Wirbelstürme und den Anstieg des Meeresspiegels zur Vertreibung von Menschen und verschärft Konflikte um Ressourcen.



In den Öl-, Gas- und Kohleregionen werden die Menschen zuerst durch Umweltzerstörung und dann durch die Erderhitzung enteignet und vertrieben.

# Warum kämpfen?

## Syrische Dürre

Zu dem komplexen Ursachenbündel des syrischen Bürgerkriegs seit 2011 und der daraus folgenden massenhaften Fluchtbewegungen zählt eine außergewöhnliche Dürre in der Region, die von 2006 bis 2011 anhielt.

Diese Dürre war mit großer Wahrscheinlichkeit ein Ausdruck der globalen Klimakrise. In dieser Region rechnet die Klimaforschung bis Ende des Jahrhunderts mit einem Temperaturanstieg von 3,5 bis 7°C.



## Ressourcen-Konflikte

Auch in anderen Weltregionen entziehen Hitze, Trockenheit, tropische Wirbelstürme und ansteigende Meeresspiegel den Menschen zunehmend ihre Existenzgrundlage. Folgen sind wachsende Konflikte um knapper werdende Ressourcen, vor allem um Wasser. Kriege und Bürgerkriege werden dadurch wahrscheinlicher.

Klimawandel bietet auch Nährboden für Terrorismus: Wo zum Beispiel früher der Tschad-See war, rekrutiert heute die Boko Haram arbeitslose Fischer und Bauern.



## Kriege um Öl

Schon die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war geprägt von endlosen postkolonialen Kriegen um Erdöl. Hinzu kamen von außen gestützte Putsch und Destabilisierungsmaßnahmen, gerade auch gegen demokratisch gewählte Regierungen von Ölstaaten. Inzwischen eskalieren auch Konflikte um den fossilen Rohstoff Erdgas.

Zugleich zerstört die Fossilwirtschaft großflächig Natur- und Wirtschaftsräume; etwa bei der ökologischen Verwüstung des Niger-Deltas, oder bei der Ölpest im Golf von Mexiko 2010.



## Friedens- und Klimaschutz

Ein schneller Ausstieg aus dem fossilen Energiesystem ist daher aus zwei Gründen ein Schlüssel für globale Friedenspolitik und Fluchtursachenbekämpfung.

1. Die Kriege um fossile Ressourcen entfallen.
2. Die globale Erhitzung und ihre Folgen werden gebremst.

Es gibt zwar noch viele weitere Ursachen für Terrorismus, Krieg und Flucht, aber Klimaschutz kann Anzahl und Ausmaß kriegerischer Konflikte reduzieren.



#Klimawahl2021

# WHAT DO WE WANT ?

## CLIMATE JUSTICE !



Die Menschen, die am meisten unter der Klimakrise leiden, sind dieselben, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Viele können sich gegen Klimawandelfolgen nicht schützen, weil sie arm sind.



Die wichtigsten dieser Gruppen sind die Menschen im globalen Süden, die ärmeren Schichten in jeder Gesellschaft und die Frauen.



Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen sollten diesen Gruppen nicht auch noch zu Last gelegt werden. Industrienationen müssen hier auch ihrer historischen Verantwortung gerecht werden.



Dafür müssen weltwirtschaftliche Ungerechtigkeiten abgebaut werden. Und es braucht einen staatlich geförderten Transfer nachhaltiger Energie-Technologien in den globalen Süden.

# Klimaschutz braucht globale Gerechtigkeit !

## Wohlstand auf Kosten des Klimas



Der bisherige CO<sub>2</sub>-Anstieg in der Atmosphäre ist 200 Jahre lang ganz überwiegend von den Industrienationen hervorgerufen worden, die dadurch wohlhabend geworden sind. Deutschland spielt dabei eine große Rolle.

Auch heute ist der jährliche „Fußabdruck“ von Menschen in Europa durchschnittlich viel größer als der von Menschen im globalen Süden. Aber dort sind die Folgen des Klimawandels oft lebensbedrohlich, und Betroffenen fehlen die Mittel, um sich davor zu schützen.

## Frauen sind stärker betroffen



Ein weiterer Aspekt von Ungerechtigkeit: Bei großen Naturkatastrophen sind unter den Leidtragenden häufig viel mehr Frauen als Männer. Das liegt an der geschlechtlichen Arbeitsteilung in den meist patriarchal geprägten Gesellschaften. Frauen sind oft an den Haushalt gebunden und kümmern sich um die Familie. Durch den Klimawandel wird aber zum Beispiel die Wasserversorgung vielerorts erschwert, ebenso die Nahrungsmittelbeschaffung, wenn Extremwetter und Dürren die Ernte zerstören.

## Ausbeutung bis Heute



Die Länder des Südens wurden jahrhundertlang und werden bis heute von den Industrienationen ausgebeutet. Sie haben ein Recht, sich nach ihren Vorstellungen zu „entwickeln“. Doch für den Klimaschutz wäre es fatal, wenn sie unsere fossilen Irrwege ebenfalls durchlaufen.

Für die Länder mit wachsendem Energiebedarf muss ein kostenfreier Wissenstransfer für die Produktion von eigenen erneuerbaren Technologien ermöglicht werden. Dezentrale Infrastruktur und Insellösungen lassen sich leicht realisieren.

## Klimaschutz aus Verantwortung



Länder wie Deutschland hingegen müssen endlich Verantwortung übernehmen. Wir haben vieles wieder gut zu machen. Wir verwenden so viele Ressourcen, dass es eigentlich 2,9 Erden bräuchte, würden alle so leben wie wir.

Und wir besitzen das Know-How, um zumindest unseren Energiebedarf in kurzer Zeit auf 100 % Erneuerbare Energien umzustellen und so den globalen Schaden, den wir verursachen, zu reduzieren.

#Klimawahl2021

# Weil ihr uns die Zukunft klaut

#Klimagerechtigkeit

## Was hat Demographie mit Klimaschutz zu tun?



Die Bevölkerung in Deutschland altert immer mehr. Bei demokratischen Wahlen haben ältere Menschen dadurch viel mehr Stimmen als jüngere. Das beeinflusst die politische Agenda.



Die junge Generation hat die Klimakatastrophe nicht zu verantworten und kann sie kaum aufhalten, weil ältere Menschen den nötigen Wandel blockieren.



Die älteren Generationen sind die Hauptverursacher\*innen der historischen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Sie selbst werden aber die dramatischsten Folgen der Klimakatastrophe nicht mehr erleben.



Die Klimakrise schreitet aber unaufhaltsam voran. Es müssen daher JETZT drastische Maßnahmen ergriffen werden, damit nicht noch mehr Kipppunkte erreicht werden.

# Was hat Demographie mit Klimaschutz zu tun?

## Demokratisch benachteiligt

Der demographische Wandel wirkt sich auf die Altersstruktur der Wahlberechtigten aus. Bei den nächsten Wahlen werden viel mehr Leute im Rentenalter abstimmen als Menschen, die den größten Teil ihres Lebens noch vor sich haben.

Bei der Bundestagswahl 2021 werden voraussichtlich nur 14,4 % der Wahlberechtigten unter 30 Jahre sein, wohingegen 38,2 % der Wahlberechtigten über 60 Jahre alt sein werden.



## Klimakrise für die nächsten Generationen

Unsere Vorfahren haben in den letzten 200 Jahren den CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre von den vorindustriellen 280 ppm auf jetzt 420 ppm gesteigert. Ein Drittel des heutigen CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre stammt vom Menschen! Das ist die Hauptursache für die Klimakrise.

Dafür können wir Jüngeren nichts\*. Wir müssen aber mit den Folgen leben.

*\*diese Karte wurde von Fridays for Future Aktivist\*innen verfasst*



## Verantwortung und Bildung

Uns ist klar, dass auch wir Verantwortung gegenüber den Generationen haben, die nach uns kommen werden. Wir wissen auch, dass viele aus unserer Generation selbst keine vorbildlichen Klimaschützer\*innen sind. Solange wir mit der Selbstverständlichkeit von unendlichem Wachstum und Konsum aufwachsen, wird sich daran auch nicht viel ändern können.

Auch Bildungspolitik muss Klimapolitik werden!



## Zukunftszugewandte Politik

Politik muss nachhaltig sein um zukünftigen Generationen ein gutes Leben ermöglichen zu können. Sie muss nicht nur für das Hier und Jetzt die Verantwortung tragen, sondern auch für die Zukunft. Bei jeder politischen Entscheidung müssen die langfristigen Folgen im Vordergrund stehen.

Das ist natürlich im besonderen Interesse der jungen Leute, die noch lange zu leben haben, und erst recht der nachfolgenden Generationen.



#Klimawahl2021

# „Wir verursachen doch nur 2%“?

#Klimagerechtigkeit

## Klimawandel? Was kann das kleine Deutschland schon tun?



%

Viele sagen: Wir können alleine das Klima nicht retten, selbst wenn wir wollten. Deutschland hat nur 2 % Anteil am globalen Ausstoß von Treibhausgasen.



Beim Pro-Kopf-Ausstoß liegt Deutschland (9,15 t/a) weit über dem Durchschnitt der Welt (4,37 t/a). Wir sind nur 1 % der Weltbevölkerung, die diese 2 % ausstoßen.



Aber Deutschland steht damit auf Platz 6 aller Länder der Erde. Wenn wir nichts tun müssen, dann müssen es die ca. 185 Länder, die noch kleinere Prozentsätze aufweisen, erst recht nicht. Eine fatale Logik!



Deutschland ist mit Fossilwirtschaft reich geworden. Wenn es diese wirtschaftliche Potenz heute für einen klimafreundlichen Umbau einsetzt, profitiert es selbst, ebenso wie der Rest der Welt.

# „Wir verursachen doch nur 2%“ ?

## 2% sind 739 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>

Zwei Prozent – das ist in Wahrheit ganz schön viel!  
Im Corona-Jahr 2020 waren es immer noch 739 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, die wir in die Atmosphäre geblasen haben.



Deutschland ist dadurch weiter der mit Abstand größte Emittent von Treibhausgasen innerhalb der Europäischen Union. Und die EU ist ihrerseits im globalen Vergleich einer der ganz großen Player bei der menschengemachten Erderhitzung. Wenn Deutschland nicht auf der Klimabremse stünde, könnte Europa schon viel weiter sein!

## Historischer CO<sub>2</sub>-Ausstoß viel höher

Das Bild wird noch deutlicher, wenn man betrachtet, wieviel CO<sub>2</sub> Deutschland insgesamt seit der Industriellen Revolution ausgestoßen hat. Es sind 92 Mrd. Tonnen von weltweit etwa 1500 Mrd. Tonnen, d.h.: mehr als 6 %. Dies bedeutet eine historische Verantwortung, der wir uns stellen müssen.



Diese Gase befinden sich noch heute in der Atmosphäre und beeinträchtigen das Leben in globalem Maßstab, also auch in Ländern, die keinen so großen „historischen Rucksack“ mit sich herumtragen.

## Auf Kosten von anderen

Deutschland hat sich, wie die anderen Industrienationen, auf Kosten des Restes der Welt zu seinem heutigen Reichtum aufgeschwungen. Auf diesem Weg hat es eine beachtliche Tradition technischer Innovationen und Problemlösungen hervorgebracht.



Dieses Potenzial muss jetzt genutzt werden, wo die Zukunft der menschlichen Zivilisation auf dem Spiel steht! Da darf die Gewinnmaximierung auch mal zurückstehen.

## Dekarbonisierung jetzt!

Eine Politik, die sterbende Industrien (Braunkohle, Benzin-Autos) künstlich am Leben erhält und das für kluge Industriepolitik hält, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Erst recht, wenn es sich dabei um klimazerstörende Industrien handelt.



Jedes Land auf der Erde muss jetzt zur Dekarbonisierung beitragen, was es kann. Und Deutschland könnte ziemlich viel! Warum nicht mal mit gutem Beispiel vorangehen?

#Klimawahl2021

# AB IN DIE ÖKODIKTATUR?

#Klimagerechtigkeit

## Soll jetzt etwa alles verboten werden?



Führen Verbote von Treibhausgas-Ausstoß zur „Öko-Diktatur“? Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Klimaurteil 2021 das Gegenteil festgestellt.



Die „liberalen“ Ideen, z.B. Ausschreibungsmodelle und Handel mit Verschmutzungszertifikaten, haben bisher immer nur zu einer Verzögerung der Energiewende geführt.



Wenn wir nicht jetzt rasch mit dem Ausstieg aus den fossilen Energien beginnen, wird bald eine radikale Vollbremsung unumgänglich - das käme diktatorischen Maßnahmen gleich.



Das bedeutet: Diejenigen, die am Stammtisch oder in der Politik am lautesten „Öko-Diktatur“ rufen, sind die, welche sie gerade herbeiführen!

# Welche Freiheit, welche Verbote?

## Ist Veränderung immer schlecht?

„Ihr wollt uns in die Öko-Diktatur zwingen!“  
Das muss sich oft anhören, wer Umweltgesetze oder Verhaltensänderungen fordert.



Dabei könnte vieles, was wir heute unhinterfragt als Normalität hinnehmen, durch solche Maßnahmen auch besser werden. Autofreie Städte zum Beispiel: mit frischer Luft, Ruhe und Platz für alle anderen Verkehrsteilnehmer\*innen. Wäre das nicht eher Befreiung als Diktatur?

## Welche Freiheit?

Es gibt kein Recht, mit Dingen weiterzumachen, die als schädlich erkannt sind – nur weil man es schon immer so gemacht hat. Aber es ist sinnvoll, darüber zu diskutieren, mit welchen Regeln ein Höchstmaß an Freiheiten erreicht wird – für uns selbst, für andere, und für kommende Generationen.

Dabei sollte man die Freiheit der Märkte nicht mit der Freiheit der Menschen verwechseln. Der Planet leidet heute unter einer Diktatur der Märkte.



## Wer ist “Verbotspartei”?

In Deutschland regieren Parteien, die z.B. mit strengen Abstandsregeln den Ausbau der Windkraft blockieren. So sehen Verbote einer „Fossil-Diktatur“ aus.



Durch sie droht das Klimaproblem zur Katastrophe zu werden, die dann wirklich zu Freiheitsbeschränkungen führen muss. In diese Richtung hat auch das Bundesverfassungsgericht bei seinem Klima-Urteil im April 2021 argumentiert.

## Klimaurteil für Generationengerechtigkeit

Die Kernaussage des Urteils lautet, „dass nicht einer Generation zugestanden werden darf, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO<sub>2</sub>-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine [...] radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben schwerwiegenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde“.

Auch wenn das CO<sub>2</sub>-Budgets in Wirklichkeit bereits aufgebraucht ist, benennt das Urteil klar, wer Freiheiten gefährdet.

